



Medienmitteilung 10. Juli 2018

Angespannte Situation in der Stellenbesetzung

Kurz vor neuem Schuljahr: Immer noch 200 Stellen unbesetzt

Kanton Zürich braucht langfristigen Ansatz gegen Lehrpersonenmangel

Gemäss dem Stellenportal des Volksschulamtes sind unmittelbar vor den Sommerferien immer noch rund 200 Lehrerstellen unbesetzt. Einen langfristigen Ansatz hat der Kanton Zürich gegen diese Misere nicht, sondern begnügt sich mit Pflasterlipolitik. Der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV fordert eine Strategie, welche die Arbeitsbedingungen und das Image der Lehrpersonen in den Mittelpunkt stellt. Kostenneutralität darf kein Argument gegen griffige Massnahmen sein.

Den grössten Anteil an rund 200 unbesetzten Stellen machen mit rund 20 Prozent die Stellen für Heilpädagoginnen oder Heilpädagogen aus. Angespannt ist die Lage auch auf den Stufen Kindergarten und Primarschule. Das Volksschulamt (VSA) schlägt den Schulpflegern und Schulleitungen einen bunten Strauss von Massnahmen vor, um die Stellen doch noch zu besetzen. Das Sammelsurium reicht von der Bevorzugung von Quest-Absolventen, über die Rekrutierung von pensionierten Lehrpersonen (am Kindergarten auch über das 70. Altersjahr hinaus) bis zum Vorschlag, Studierende der Pädagogischen Hochschule ihr Studium für ein Praxisjahr unterbrechen zu lassen. Diese Pflasterlipolitik mag kurzfristig vielleicht nochmals klappen – eine vorausschauende Strategie ist es aber nicht.

Image stärken

Es greift zu kurz, die Ursachen für die Misere bloss auf die steigenden Schülerzahlen und die Babyboomer-Pensionierungswelle bei den Lehrpersonen zurückzuführen. Hauptproblem ist vielmehr, dass viele junge Menschen zwar in den Lehrberuf einsteigen, diesen aber nach wenigen Jahren wieder verlassen. Es sollte der Bildungsdirektion und der Politik deshalb ein dringendes Anliegen sein, die Arbeitsbedingungen und das Image des Lehrberufs so aufzuwerten, dass er für eine lebenslange Berufskarriere attraktiv ist.

Entlastung der Lehrpersonen notwendig

Der ZLV sieht die Hauptgründe darin, dass den stetig steigenden Anforderungen und Aufgaben (Individualisierung, Integration, zeitaufwändige Kontrollinstrumente sowie kleinere und grössere Reformen) keine Entlastungen und Ressourcenausgleiche gegenüberstehen. Überforderungen und Mängel sind so vorprogrammiert und werden von der Politik bewusst in Kauf genommen.

Kostenneutralität darf kein Argument sein

Lehrpersonen und die ganze Volksschule müssen fähig sein, ihre Aufgabe für die Gesellschaft zu erfüllen und die übertragene Verantwortung wahrzunehmen. Es ist wichtig, dafür die besten Leute zu finden und halten zu können. Dass dies nur mit schönen Worten gelingt, ist durch die jährlich wiederkehrende Krise bei der Stellenbesetzung zur Genüge widerlegt. Jetzt braucht es endlich eine langfristige Strategie und die dafür nötigen Zugeständnisse von Seiten Regierungs- und Kantonsrat. Diese beriefen sich bisher mantramässig darauf, dass Massnahmen kostenneutral sein müssen. Doch substantielle Änderungen zugunsten der Attraktivität des Lehrberufs sind so nicht zu haben. Der ZLV fordert deshalb die Politik auf, das Argument der Kostenneutralität zu beerdigen und in die Zukunft der Volksschule gezielt zu investieren.

Ansprechperson für Medien

Christian Hugi, Präsident ZLV, 076 580 70 97, christian.hugi@zlv.ch